

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ferienausschuss vom 28. August 2003 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Bürgermeister Böhm

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab

Stadträtin Wallrapp

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

2. Bürgermeisterin Gold

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag (für Stadträtin Wachter)

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Berichterstatter: Amtfrau Hartmann

Dipl.-Ing. Lepelmann

Oberamtsrat Schwarz

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Gäste:

Stadträtin Baier

Stadtrat Mahlmeister

Stadtrat Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Weiglein

Stadträtin Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Ferienausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 9 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Ferienausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Forderung von Architektenhonorar durch Herrn Architekt Karl-Heinz Schmidt

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erläutert zunächst, dass diese Angelegenheit in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln gewesen wäre, da es sich um eine Vertragsangelegenheit handelt. Er stellt weiterhin fest, dass der Stadtrat verärgert über den bereits erschienenen Presseartikel gewesen ist und weist in diesem Zusammenhang auf Art. 20 GO hin, in dem die Verschwiegenheitspflicht der Stadtratsmitglieder sowie die Folgen

eines Verstoßes dagegen geregelt ist. Er betont auch, dass unter Umständen darüber hinaus auch straf- und zivilprozessrechtliche Folgen zu erwarten sind.

Stadträtin Richter beantragt eine rechtliche Überprüfung.

Bürgermeister Böhm sagt zu, dass alle Stadtratsmitglieder nochmals schriftlich auf Art. 20 GO hingewiesen werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel fügt noch an, in der Stadtratssitzung nach der Sommerpause dies ebenfalls nochmals anzusprechen.

B) – Mit 9 : 0 Stimmen –

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Architekt Karl-Heinz Schmidt die Stadt Kitzingen auf Zahlung von € 240.582.26 an Architekten-Honorar für die Sanierung des Freibades vor dem Landgericht Würzburg verklagt hat.

Es wird ferner davon Kenntnis genommen, dass der Oberbürgermeister im Wege der Dringlichkeit die Anwaltskanzlei Dr. Ullrich & Kollegen, Würzburg, mit der Wahrnehmung der Interessen der Stadt beauftragt hat.

2. Rittestrasse 20; Auftragsvergabe

Nach den Ausführungen von Dipl.-Ing. Lepelmann zum Sachverhalt, entsteht eine heftige Diskussion über die geplante Auftragsvergabe an das Ing.-Büro Walch und Och in Würzburg.

Stadträtin Wallrapp erinnert an den Beschluss vom 15.05.2003, in dem der Vertragsabschluss mit dem Architekturbüro Stürzenhofecker beschlossen worden ist. Sie bittet darum, den Vertrag zu überprüfen, ob diese geplante Auftragsvergabe rechtmäßig oder schon im bestehenden Vertrag mit enthalten ist

Bürgermeister Böhm zieht diesen Tagesordnungspunkt zurück und sagt eine Überprüfung zu.

3. Alte Friedhof Kitzingen – Vorplatzüberdachung

A. Kostenübersicht

A) Dipl.-Ing. Lepelmann führt den Sachverhalt aus. Er weist auch darauf hin, dass die Interessengemeinschaft Friedhof sehr wahrscheinlich bereit ist, ihre finanzielle Beteiligung zu erhöhen.

Stadtrat Mahlmeister, Friedhofsreferent, stellt fest, dass seitens der Interessengemeinschaft derzeit noch kein Beschluss gefasst werden kann, da sich der Vorsitzende in Urlaub befindet.

Stadträtin Schwab macht darauf aufmerksam, dass sie dagegen stimmen wird, da der im Beschluss festgehaltene Kostenrahmen nicht eingehalten worden ist.

B) – Mit 8 : 1 Stimme –

1. Von der Baukostenprognose bei der Maßnahme: Alter Friedhof - Vorplatzüberdachung (rd. 49.000,00 € statt 40.000,00 €) wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, die Maßnahme dennoch durchzuführen. Die Aufstockung der Mittel in Höhe bis max. 9.000,00 € und der entsprechenden Überschreitung der HH-Stelle 1.7511.9451 wird zugestimmt. Zur Kostendeckung wird die HH-Stelle 1.6151.9860 herangezogen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel dazu nochmals mit der Interessengemeinschaft „Alter Friedhof“ über eine entsprechende Aufstockung der vorgesehenen Beteiligung zu verhandeln.

4. Alter Friedhof – Vorplatzüberdachung
B. Schlosserarbeiten

- Mit 9 : 0 Stimmen –

- 1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2.) Den Auftrag für die Schlosserarbeiten im Alten Friedhof – Vorplatzüberdachung in Kitzingen erhält die Fa. Fritz Gerlach GmbH, Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 23.492,90 €, einschl. MwSt.

- 3.) Die vorh. Mittel auf der HH-Stelle 1.7511.9451 werden von 40.000,00 € um 9.000,00 € auf 49.000,00 € erhöht. Zur Kostendeckung wird die HH-Stelle 1.6151.9860 herangezogen.

5. Antrag auf Schülerbeförderung durch die Familie Hauenstein

(2. Bgmin. Gold ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- Mit 8 : 0 Stimmen –

Der Antrag der Familie Hauenstein auf Beförderung ihrer Tochter Katja mit dem Schulbus von Etwashausen zur Volksschule Kitzingen-Siedlung – Grundschule kann aufgrund der entgegenstehenden gesetzlichen Regelungen nicht genehmigt werden.

6. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Kommunalprogramms

A) Altstadt

B) Sonstige Bereiche (Südstadt)

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- A) Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf das Anwesen Schrankenstraße 26 und fragt nach, inwieweit die Versicherung bei dieser Maßnahme eingetreten ist, da es sich um einen Brandfall gehandelt hat.
Dipl.-Ing. Lepelmann erwidert, dass sich der Brandschaden lediglich auf die Inneneinrichtung bezogen hat. Er sagt aber zu, die gewünschten Informationen noch einzuholen und gegebenenfalls zu berücksichtigen.

B) – Mit 8 : 0 Stimmen –Zu A) Altstadt

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass weitere Privatmaßnahmen inzwischen fertiggestellt sind. Geprüfte Schlussrechnungen liegen vor, somit können die Anträge entschieden werden.

1.1. Anwesen Schrankenstraße 26

| | |
|-------------------------------|--|
| Durchgeführte Arbeiten: | Dachdecker-, Spengler- Maler und Schreinerarbeiten |
| geprüfte Bausumme: | 29.622,08 € |
| davon zuschussfähig: | 22.198,07 € |
| vorgeschlagene Zuschussquote: | 30 % |
| vorgeschlagener Zuschuss: | 6.659,00 € |

1.2. Anwesen Kaiserstraße 34

| | |
|-------------------------------|--|
| Durchgeführte Arbeiten: | Maler-, Dachdecker- und Klempnerarbeiten |
| geprüfte Bausumme: | 17.778,11 € |
| davon zuschussfähig: | 13.939,70 € |
| vorgeschlagene Zuschussquote: | 30 % |
| vorgeschlagener Zuschuss: | 4.282,00 € |

Zu B) Sonstige Bereiche (hier: Südstadt)

1. Es wird Kenntnis genommen, dass in der Südstadt 1 weitere Maßnahme durchgeführt wurde.
Geprüfte Schlussrechnungen liegen vor; somit kann der Antrag entschieden werden.

1.1. Anwesen Moltkestraße 20

| | |
|-------------------------------|-------------------------|
| Durchgeführte Arbeiten: | Dachdeckerarbeiten |
| geprüfte Bausumme: | 42.972,37 € |
| davon zuschussfähig: | 39.477,73 € |
| vorgeschlagene Zuschussquote: | 12 % |
| vorgeschlagener Zuschuss: | Höchstzuschuss 4.090,-€ |

7. Bayer. Städtebauförderungsprogramm – Förderung von Privatmaßnahmen:
Sanierung Marktstraße 3 u. 5 / Waaggasse 2 u. 4
Antragsteller Abele-Schraut Grundstücksgesellschaft mbH & Co.KG
Kenntnisnahme

- Ohne Abstimmung –

Vom Bewilligungsbescheid der Regierung von Unterfranken vom 21.05.2003 wird zustimmend Kenntnis genommen.

| | |
|---------------------------------------|-----------|
| Festgesetzte Kostenpauschale | 103.000 € |
| davon 60 % Regierung von Unterfranken | 61.800 € |
| 40 % Stadt Kitzingen | 41.200 € |

8. Bayer. Städtebauförderungsprogramm – Förderung von Privatmaßnahmen:
Umbau und Instandsetzung des Anwesens Grabkirchgasse 5

Antragsteller: Necdet Baydilli und Hatice Gülmus

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- Mit 8 : 0 Stimmen –

Die Privatmaßnahme der Bauherrschaft Necdet Baydilli und Hatice Gülmus wird im Rahmen der Städtebauförderung mit einem voraussichtlichen Kostenerstattungsbetrag von 62.200 € (= 40 % Anteil der Stadt Kitzingen) gefördert.

Der Gesamtförderbetrag beläuft sich voraussichtlich auf 155.500 € (60 % Anteil der Regierung von Unterfranken = 93.300 €).

Die maximale Förderhöhe durch die Stadt Kitzingen beträgt 76.800 € (= 40 %) zuzüglich des 60 %igen Anteils der Regierung von Unterfranken in Höhe von 115.200 € somit insgesamt höchstens 192.000 €.

9. Bayer. Städtebauförderungsprogramm:
Zuschussbewilligung für die Sanierung des Städtischen Wohngebäudes Grabkirchgasse 6

A) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer berichtet, dass seitens der Regierung ein Zuschuss in Höhe von 38.720 € bewilligt worden ist, der Bewilligungszeitraum aber zum 31.12.2003 abläuft. Er erinnert an den Stadtratsbeschluss, das Gebäude Grabkirchgasse 6 zu veräußern. Da allerdings seitens der wenigen Interessenten doch kein ernsthaftes Kaufinteresse besteht, schlägt er vor, den Bewilligungszeitraum bei der Regierung auf 31.12.2004 zu verlängern. Während dieser Zeit kann dann die Sanierung des Gebäudes zwar vorbereitet werden, sollte sich aber doch eine Veräußerung abzeichnen, kann bei der Regierung die Zuschussbewilligung mangels Interesse abgelehnt werden.

Nach den Ausführungen von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer, bittet Stadtrat Schmidt um Übersendung des Exposees über das Anwesen an die Fraktionen bzw. Gruppen. Er regt auch an, ein Maklerbüro einzuschalten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer sagt die Übersendung der Unterlagen sowie die Kontaktierung eines Maklerbüros zu.

B) – Mit 9 : 0 Stimmen –

Da keine ernsthaften Interessenten für den Erwerb des Anwesens Grabkirchgasse 6 vorhanden sind, wird das Gebäude nicht veräußert sondern wie ursprünglich vorgesehen, durch die Stadt saniert.

Bei der Regierung von Unterfranken ist Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes für die bewilligten Städtebauförderungsmittel zu stellen.

10. Information über die neue Verkehrsregelung aufgrund der Öffnung der Nordbrücke (erste Reaktionen)

Oberamtsrat Schwarz erinnert zunächst an die Verwaltungssenatssitzung vom 22.07.2003, in der die vorläufige Verkehrsführung nach Öffnung der Nordbrücke beschlossen worden ist. Er berichtet auch über ein stattgefundenes Gespräch mit den beiden Nachbargemeinden Buchbrunn und Mainstockheim sowie dem Straßenbauamt. Im Anschluss daran berichtet er eingehend über die 52 eingegangenen Beschwerden verschiedener Anwohner. Abschließend schlägt er vor, in der nächsten Verwaltungssenatssitzung über diese Vorschläge zu diskutieren.

Stadtrat Haag weist noch darauf hin, dass an der Auffahrt zur Nordbrücke ein Hinweisschild auf die Autobahnen A 3 und A 7 vorhanden ist, auf der weiteren Strecke allerdings keine Hinweisschilder mehr folgen.

Oberamtsrat Schwarz nimmt diesen Hinweis auf und sagt zu, weitere Hinweisschilder anbringen zu lassen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul schlägt noch vor, nach Ende der Sommerferien eine Verkehrszählung vorzunehmen. Diese Anregung wird von Oberamtsrat Schwarz aufgenommen.

11. Hinweis und Antrag von Stadträtin Wallrapp; Schließung Stadtpost; Umgestaltung Altstadtwege

Stadträtin Wallrapp bezieht sich zunächst auf die Schließung der Stadtpost zum 02.09.2003. Sie bittet die Verwaltung darum, darauf einzuwirken, dass die Bahnpost nicht personell reduziert wird. Aufgrund der Schließung der Stadtpost ist die Bahnpost bereits überlastet.

Als nächstes berichtet Stadträtin Wallrapp von einer Sitzung, in der die Umgestaltung der Altstadtwege besprochen worden ist. Sie erwähnt unter anderem, dass bereits sieben Künstler angeschrieben worden und um Abgabe von Konzepten gebeten worden sind. Sie bemängelt allerdings, dass die noch offenen Fragen, die auch bereits in der o.g. Sitzung diskutiert worden sind, noch immer nicht geklärt wurden. Auch seien die Künstler nicht auf das Budget hingewiesen worden, das der Stadt Kitzingen hierfür zur Verfügung steht. Sie stellt den Antrag, diesen sieben Künstlern schriftlich mitzuteilen, dass diese Angelegenheit zunächst ruht und sie keine Konzepte entwickeln sollen. Sie beantragt weiter, die noch offenen Fragen endgültig zu klären und dann den Stadtrat eingehend zu informieren.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bestätigt die Aussagen von Stadträtin Wallrapp und betont, dass Berufsmäßiger Stadtrat Groß in dieser Besprechung zugesagt hat, die offenen Fragen zu klären und das Schreiben an die Künstler vorab an die Teilnehmer zur Kenntnis zu geben. Auch habe er zugesagt, den Stadtrat darüber zu informieren.

- Mit 9 : 0 Stimmen –

Dem Antrag von Stadträtin Wallrapp, die Künstler schriftlich auf die Aussetzung der Arbeit hinzuweisen und den ganzen Sachverhalt eingehend zu klären und dem Stadtrat vorzulegen, wird zugestimmt.

12. Anfrage von Oberamtsrat Schwarz:
Regelung Parkverbot Fischergasse

Oberamtsrat Schwarz möchte noch wissen, ob ein Parkverbot in der Fischergasse angebracht werden soll und in welcher Form.

Es besteht Einverständnis damit, ein einseitiges Parkverbot, stadteinwärts auf der linken Seite zuzulassen.

13. Bitte von Stadtrat Schmidt:
Bahnstrecke Kitzingen in privater Hand

Stadtrat Schmidt bezieht sich auf den Zeitungsartikel, in dem berichtet worden ist, dass sich die Bahnstrecke Kitzingen nun in privater Hand befindet. Er bittet darum, in der nächsten Finanzausschusssitzung darüber zu berichten und welche Auswirkungen dies auf die Stadt Kitzingen haben könnte (z.B. Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord bzw. Anbindung Nordtangente).

14. Anfrage von Stadträtin Richter:
Satzung des Stadtentwicklungsbeirates

Stadträtin Richter geht auf eine Satzung des Stadtentwicklungsbeirates ein, in der festgelegt ist, dass zwei Fraktionsmitglieder zu den Sitzungen des Stadtentwicklungsbeirates eingeladen werden. Sie weiß allerdings zu berichten, dass immer nur ein Fraktionsmitglied eingeladen wird. Sie bittet die Verwaltung um Klärung.

Bürgermeister Böhm schließt die öffentliche Sitzung um 19.35 Uhr.

Bürgermeister
gez.
Böhm

Protokollführerin
gez.
Rose